Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Positionspapier des Verband medizinischer Fachberufe e.V.

- **Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. fordert über die Existenzsicherung hinaus gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung für alle, die in von Frauen dominierten Berufen tätig sind**

Berufe, die zum allergrößten Teil von Frauen ausgeübt werden, sind in der Regel in medizinischen und sozialen Bereichen zu finden. Sie haben viele Gemeinsamkeiten: niedrige Entlohnung, ungünstige Arbeitsbedingungen, vergleichsweise schwierige Aufstiegsmöglichkeiten und fehlende gesellschaftliche Anerkennung.

Es wird zwar nicht in Frage gestellt, dass diese Berufe einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, aber eine Gleichstellung der Leistungsanerkennung zwischen der Arbeit von Frauen und Männern findet damit noch lange nicht statt.

Der Ansatz, mehr Männer in von Frauen dominierten Berufen anzusiedeln, ist zwar theoretisch denkbar, wird aber besonders in unseren Berufen keine Massenerscheinung sein. Zudem ist er ein besonderer Ausdruck dieser Ungleichbehandlung. Denn entweder erhalten Männer dann tatsächlich für die gleiche Arbeit automatisch mehr Geld oder sie nutzen die wenigen Aufstiegschancen aus und übernehmen in kurzer Zeit Leitungsfunktionen.

Weibliche Fachkräfte werden in Zukunft mehr denn je gebraucht, auch in den Gesundheits- und Pflegeberufen. Dafür gilt es, gleichwertige Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen ermöglichen, Familie mit Kind(ern) und eine mindestens existenzsichernde Erwerbstätigkeit unter einen Hut zu bringen.

Väter und Mütter sind gemeinsam für die Erziehung ihrer Kinder jeden einzelnen Tag im Jahr verantwortlich. Wie aber sollen Kinder lernen, dass Bildung wichtig ist und sie mit einer soliden Ausbildung auch ein gutes Erwerbsleben erwarten können, wenn es von ihren Eltern nicht vorgelebt werden kann?

Erhalten Eltern bzw. vor allem Mütter für ihre geleistete Arbeit nicht die finanzielle Entlohnung, die die Arbeit real wert ist, so führt dies zu finanziellen Entbehrungen für die Familie und zeigt den Mädchen gleichzeitig, dass Frauenarbeit weniger wert ist.

Wichtig ist deshalb eine geschlechtsneutrale Bewertung von Arbeit und Familienleben.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der realen Arbeitswelt zu schaffen, sind flexible und bezahlbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten notwendig. Da diese (immer noch) nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sind die Frauen häufig gezwungen, in Teilzeitbeschäftigung bzw. Minijobs auszuweichen. Beides wird durch die Politik im Rahmen der Einkommenbesteuerung und der Gesetzvorgaben noch gefördert.

Über die Auswirkungen dieser Wahl auf die Erwerbsbiografie der Frauen wird wenig diskutiert. Dabei sind diese groß genug: geringere Rente, kaum Chancen auf die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung oder auf berufliche Qualifikation, keine Aufstiegsmöglichkeiten.

Außerdem wird durch die Implementierung von Minijobs ohne vertraglich festgelegte Arbeitszeit der Grundsatz der Entgeltgleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit

komplett ausgehebelt: Tätigkeiten, die als gleichwertig gelten, wenn sie von der Art der Aufgaben, den Qualifikationsvoraussetzungen und den Arbeitsbedingungen her eine identische oder vergleichbare Situation für Beschäftigte darstellen, werden durch den realen Stundenlohn von Minijobberinnen massiv abgewertet. Neben massenhaften Niedriglöhnen sind Arbeitsrechtsverletzungen an der Tagesordnung.

Dies bedeutet Intransparenz und Ungleichbehandlung zwischen regulär angestellten Mitarbeitern und Minijobbern. Entgeltsysteme müssen aber durchschaubar und damit nachvollziehbar und überprüfbar sein.

Durch Unterschiede in der Honorierung ihrer Arbeit können Arbeitnehmer/innen nicht nachvollziehen, worauf Unterschiede beim Entgelt zurückzuführen sind. Es werden also nicht für alle Beschäftigten die gleichen objektiven Bewertungsmaßstäbe angelegt.

Dies widerspricht den Grundsätzen des Grundentgelts. Beim Grundentgelt werden die Anforderungen der Tätigkeiten betrachtet, der Arbeitsplatz entsprechend bewertet und in Entgeltgruppen eingruppiert. Hierbei spielen die Anforderungen an die Qualifikation, die Verantwortung, die Zusammenarbeit oder die Vielfältigkeit der Aufgaben die entscheidende Rolle. Entscheidend beim Grundentgelt ist also das, was am jeweiligen Arbeitsplatz gearbeitet wird.

Darüber darf eine wesentliche volkswirtschaftliche Komponente der Gleichstellungspolitik nicht außer acht gelassen werden: Sie ist „ein unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Innovationspolitik“. Diese Feststellung trifft die Sachverständigenkommission in ihrem Gutachten[1] und erläutert: „Denn durch eine Nutzung aller Talente unserer Gesellschaft werden Unternehmen leistungsfähiger und flexibler. Gleichzeitig führt die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht nur zu zusätzlicher wirtschaftlicher Nachfrage, sondern es entstehen auch neue Beschäftigungsverhältnisse, vor allem im Dienstleistungsbereich. Wenn zudem Frauen vollwertige Beitragszahler werden und nicht nur abgeleitete Ansprüche nutzen, werden die Sozialsysteme stabilisiert. Die Kosten der gegenwärtigen Nicht-Gleichstellung übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei weitem.“

Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. fordert deshalb

1. die Einführung der Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse ab dem ersten Euro
2. die Abschaffung der Minijobs in der jetzigen Form
3. eine tarifliche Verbindlichkeit für Arbeitgeber der „Freien Berufe“
4. die diskriminierungsfreie Bewertung und Bezahlung aller Tätigkeiten sowie gesetzliche Lohnuntergrenzen
5. die gesellschaftliche Aufwertung der medizinischen und sozialen Berufe
6. eine Karriereförderung für Frauen
7. eine Gleichstellungspolitik der Regierung, die alle Bereiche durchdringt und die Potenziale von Frauen anerkennt und bewusst fördert

[1] Gutachten an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen – Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf“ (Januar 2011)